

Reino-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 238

Donnerstag, den 29. August 1935

Jahrgang 1935

Wahlkampf ohne Propaganda.

Von unserem Warschauer Mitarbeiter.
© Warschau, Ende August.

„Die beste Wahlpropaganda ist gar keine Propaganda“ — diese von dem polnischen Ministerpräsidenten Piłsudski in einer Presseinterview geäußerte Ansicht scheint in Polen zur Richtlinie der offiziellen Wahlvorbereitungen gemacht worden zu sein. Nur wenige Wochen stehen noch bis zu dem Termin der Wahlen zum Sejm zur Verfügung und von einem Wahlkampf kann bisher kaum die Rede sein. Die Vorbereitung der Wahlen erfolgt mehr auf dem Verwaltungswege als durch stürmische Wahlveranstaltungen und temperamentvolle Wahlreden. Der Regierungsbund hat auf die Abhaltung von Versammlungen völlig verzichtet und begnügt sich damit, in seiner Presse Lebensläufe seiner Spitzenkandidaten mit Aufzählung aller Orden und Ehrenzeichen zu veröffentlichen, erläßt aber weder Wahlaufrufe, noch macht er den Versuch, sich Vorwahlenbereiter auf seine künftige Arbeit im neuen Parlament zu verpflichten, aber auch die Bewegungsfreiheit der Opposition wird weitgehend eingeschränkt. Versammlungen, in denen zum Boykott der Wahlen aufgerufen werden soll, werden zumeist nicht gestattet, Flugblätter werden beschlagnahmt und an Stelle gehäuflicher Aufrufe veröffentlichten die Oppositionsblätter große weiße Plakate, die nur den Wahlsiegergebeten den Inhalt der von der Zensur konfiszierten Texte ablesen lassen. So unterscheidet sich die Wahlpropaganda der Opposition nicht viel von derjenigen des Regierungsbundes. Während den Lesern der einen Seite unbedrucktes Zeitungspapier vorgelegt wird, bringen die Zeitungen der anderen Seite langatmige Lebensläufe, für die der Durchschnittsleser kaum Interesse aufbringen dürfte. Die Wirkung ist in beiden Fällen ungefähr dieselbe.

Nach außen hin ist es der ruhigste „Wahlkampf“, den Polen je erlebt hat; wenn von einem solchen überhaupt die Rede sein kann. Unter der Oberfläche spielen sich dagegen erbitterte Kämpfe ab zwischen den beiden Lagern der Wahlbeteiligung und des Wahlboykotts wie auch innerhalb der einzelnen Lager selbst. Die Boykottpartei hat sich gegen den konzentrierten Angriff von Verwaltungsapparat und Regierungsbund bisher überraschend gut halten können und sogar einige verlorengegangene Positionen zurückerobert. Sie steht sich im wesentlichen zusammen aus der rechtsoppositionellen nationaldemokratischen Partei, dem großen Block der radikalen Bauernpartei, der sozialistischen Linken, bestehend aus der sozialdemokratischen Partei, dem jüdisch-sozialistischen „Bund“ und der illegalen kommunistischen Partei, sowie aus kleineren Gruppen anderer politischer Schattierungen und einigen nationalen Minderheiten. Trotz zahlreicher Versuche des Regierungsbundes ist es nicht gelungen, diese oppositionelle Gruppe zu sprengen. Sie hat sogar Zustrom aus anderen Reihen bekommen, die bisher als auf Seiten der Regierung stehend angesehen worden sind. So war es zum Beispiel der Regierung vor mehreren Monaten gelungen, ein Wahlabkommen mit der größten legalen Partei der ukrainischen Minderheit, der „Udo“, abzuschließen. Auf Grund dieses Abkommens sollte in allen Wahlbezirken mit starker ukrainischer Minderheit die Aufstellung von polnischen und ukrainischen Kandidaten paritätisch erfolgen, was auch im großen und ganzen durchgeführt worden ist. Dann aber haben gewisse Kreise der ukrainischen Minderheit Anstoß daran genommen, daß alle bewährten Kämpfer dieser Minderheit, offensichtlich auf Einbruch von polnischer Seite hin, in den Hintergrund gedrängt worden sind, während kompromissbereite Kräfte das Feld behaupteten. Auch die ukrainischen Frauenorganisationen zeigen Neigung, sich der Boykottpartei anzuschließen, weil ihre Kandidatin nicht berücksichtigt worden ist. Da obendrein einzelne Gruppen in der ukrainischen Minderheit die legale „Udo“ und ihre Wahlpolitik scharf bekämpfen, ist anzunehmen, daß auch diese Minderheit keineswegs in geschlossener Front an den Wahlen teilnehmen wird. Außer der „Udo“ hat sich auch noch die politische Gruppe des Stanislawer griechisch-katholischen Bischofs Chomnysyn für Wahlbeteiligung entschieden.

Auch ein anderer vom Regierungsbund ausgegangener Versuch zur Spaltung des oppositionellen Lagers ist erfolglos geblieben. Der „große Schlag“ wurde kurz vor der Aufstellung der Kandidatenlisten durch die Wahlmännerversammlungen geführt. Und zwar erklärten etwa 16 ehemalige Sejmabgeordnete der oppositionellen Bauernpartei ihren Austritt aus der Opposition und schlossen sich dem Bauernflügel im Regierungslager mit der Erklärung an, daß es Pflicht eines jeden bauerlichen Wählers

sein müsse, für eine bauerliche Interessensvertretung im neuen Sejm wenigstens im Rahmen des Möglichen Sorge zu tragen. Dieser Schritt erfolgte offensichtlich im Einverständnis mit der Regierung, die jedoch nur drei von den 16 auf eine Kandidatenliste bringen konnte, und auch diese drei dürften wenig Aussichten haben, wirklich gewählt zu werden. Dadurch ist natürlich die Neigung zu Spaltungen auch bei den anderen Oppositionellen erheblich herabgemindert worden. Während in den radikalen Bauernpartei nach der Spaltung der Abgeordnetengruppe zunächst große Verstärkung herrschte, weil man befürchtete, daß diese Abtrünnigen auch einen größeren Kreis der bauerlichen Wähler nach sich ziehen würden, schlug diese Verstärkung nach dem oben geschilderten Mißerfolg in offene Empörung um und trug zur größeren Festigung der Bauernpartei und auch der gesamten Opposition bei. Den hier und da sicherlich noch vorhandenen Anhängern einer Einigung mit dem Regierungslager ist die Luft hierzu gründlich ausgetrieben worden.

Wie sich die Tatsache, daß die deutsche Minderheit trotz vorhergegangener Zusagen keinen einzigen Kandidaten auf eine Liste bringen konnte, auf die Wahlbeteiligung innerhalb der deutschen Minderheit auswirken wird, ist vorläufig mit Sicherheit noch nicht abzusehen. Die Deutsche Vereinigung in Polen und Bommereulen hat ihren Anhängern, wahrscheinlich in der Hoffnung, daß der deutschen Minderheit ein Sitz im Senat gesichert werden würde, die Teilnahme an den Sejmwahlen empfohlen. In Ostoberschlesien dürfte dies angesichts der politischen Haltung der polnischen Kandidaten nicht geschehen. Auf jeden Fall kann damit gerechnet werden, daß ein erheblicher Teil der deutschen Minderheit, die sich sonst geschlossen an den Wahlen beteiligen hätte, jetzt — infolge Fehlens eines deutschen Kandidaten — den Wahlen fernbleiben wird.

Aber auch innerhalb des Regierungsbundes sind Kämpfe im Gange, die sich jedoch außerhalb der Öffentlichkeit abspielen. Der Verzicht auf Wahlveranstaltungen ist auch darauf begründet,

daß man der polnischen Öffentlichkeit nicht das Schauspiel bieten wollte, daß die Kandidaten des Regierungsbundes in den einzelnen Versammlungen gegeneinander auftreten, da auf den meisten Listen alle vier Kandidaten, von denen bei der endgültigen Wahl nur zwei ein Sejmmandat erhalten können, dem Regierungsbund angehören. Dennoch finden vereinzelt Wahlveranstaltungen statt, in denen die einzelnen Kandidaten, statt direkt für sich zu werben, Vorträge über die neue Verfassung und das neue Wahlrecht halten, um die Wähler zur Stimmabgabe überhaupt zu veranlassen.

Die breiten Massen der Bevölkerung bezeugen bisher an allen diesen Vorgängen wenig Teilnahme. Es herrscht eine weitgehende Interesslosigkeit, die sich naturgemäß die Opposition zu Nutze macht. Man ist davon überzeugt, daß die Wahlen, ganz gleichgültig wie sie ausfallen mögen, die heutige Regierung nicht zu einer Änderung ihrer Regierungsmethoden veranlassen werden.

Italiens Forderungen für Genf.

Lavals Unterredung mit den Botschaftern Italiens und Englands.

(1) Paris, 28. August.

Die gestrigen Unterredungen des Ministerpräsidenten Laval mit den Botschaftern Italiens und Englands stehen heute früh im Vordergrund des Interesses der französischen Presse. Während die meisten Blätter darauf hinweisen, daß die beiden Botschafter dem französischen Regierungschef den Standpunkt ihrer Regierungen dargelegt hätten, glaubt die gewöhnlich gut unterrichtete Außenpolitik des „Devoir“ nähere Einzelheiten über diese Unterredungen geben zu können.

Danach habe der italienische Botschafter den französischen Ministerpräsidenten wissen lassen, daß Baron Wollf am 4. September einen genauen Bericht über die Verhandlungen einreichen werde, die Italien gegen Abessinien vorzubringen habe. Er werde sich anhaltend auf den Artikel 22 des Völkerbundespaktes und insbesondere auf § 2 des Artikels 16 stützen, um den Ausbruch Abessinien aus dem Völkerbund auszuschließen. Der italienische Vertreter werde außerdem den Beweis dafür erbringen, daß Abessinien die verschiedenen Abkommen mit Italien nicht achtet habe.

Der italienische Botschafter habe ferner mitgeteilt, daß Laval noch vor dem Zusammenritt des Völker-

bundesrates eine Abschrift des italienischen Berichtes erhalten werde, und daß auch der englischen Regierung eine Abschrift übermittelt werden solle. In diese Abschriften gegenüber der französischen und der englischen Regierung habe der italienische Botschafter die Bedingung geknüpft, daß man es Abessinien nicht — wie seinerzeit China — erlaube, vor dem Völkerbundrat seine Beschwerden gegen Italien vorzubringen.

Der Botschafter habe in diesem Zusammenhang gleichzeitig auf die Verantwortlichkeiten hingewiesen, die der Völkerbundsrat übernehmen würde, wenn er irgendwelche Beschlüsse hinsichtlich des italienisch-abessinischen Streites fällen sollte.

Der englische Botschafter, so schreibt „Devoir“ weiter, habe Laval lediglich mitgeteilt, daß seine Regierung sich streng an den Völkerbundspakt halten werde. Nachdem ihm die italienischen Forderungen mitgeteilt worden waren, habe der englische Botschafter im Namen seiner Regierung die Gegenforderung gestellt, daß Italien sich genau an die Beschlüsse halte, die der Völkerbundsrat gegebenenfalls treffen könnte.

„Matin“ hält es nach der Unterredung zwischen dem französischen Außenminister und dem englischen Botschafter in Paris nicht für ausgeschlossen,

daß die englische Regierung trotz allem darauf bestehen werde, im Falle eines Ausbruchs offener Feindseligkeiten zwischen Italien und Abessinien

Der Papst zum italienisch-abessinischen Konflikt.

DNB Rom, 28. August.

Papst Pius XI. hat anlässlich des Empfanges des Internationalen Kongresses katholischer Krankenpflegerinnen zwei höchst bedeutende Ansprachen gehalten, deren eine eine scharfe Kampfansage gegen Materialismus und Heidentum bedeutet, während die zweite in ungewöhnlich deutlicher und klarer Form zum abessinischen Konflikt Stellung nimmt.

Der Papst erinnerte an die Greuel des letzten Krieges, die gerade den Kriegspflegerinnen in besonderem eindrucksvollen und abstoßenden Erinnerung seien. Darum müsse man mit allen Mitteln den Frieden erstreben. Im Kernpunkt seiner Rede sagte der Papst jedoch, daß man im Ausland von einem Eroberungs- und Angriffskrieg spreche. Einen solchen Krieg bezeichnete er als ein ungerechtes

Unternehmen, als etwas, das außerhalb jeder Beurteilung stehe und unbeschreiblich traurig und schrecklich sei. Wenn man auch in Italien von einem gerechten Krieg der Verteidigung und Grenzversicherung spreche, der zur Expansion und Sicherung der materiellen Bedürfnisse notwendig sei, so sei er, der Papst, dem die dringende Hoffnung entgegenstehe, daß man die bestehenden Schwierigkeiten nur mit Mitteln lösen dürfe, die nicht Krieg bedeuten. Wenn dies nicht leicht sei, so dürfte es doch nicht unmöglich sein. Bei aller Anerkennung der Expansionsnotwendigkeiten Italiens müsse das Recht der Verteidigung in Grenzen gehalten und gemäßigt sein, damit sich nicht die Verteidigung selbst schuldig mache.

Er mahnte alle zu gemeinsamem Gebet, daß die Bemühungen der klar schauenden Menschen, die die Notwendigkeit des wahren Glüdes der Menschen verstanden und sich für das Werk des Friedens einsetzten und die wahrhaft christliche Absicht hätten, den Krieg zu vermeiden, von Erfolg gekrönt sind.

Keine Preiserhöhungen für Lebensmittel.

Anordnung des Reichsernährungsministers.

Senkung der Fleisch-, Schmalz-, Kartoffel- und Käsepreise. — Stabilisierung der Preise für alle wesentlichen Speisefette.

DNB Berlin, 28. August.

Um dem vom ihm aufgestellten Grundsatz, Preiserhöhungen für Lebensmittel nicht zuzulassen, auf den einzelnen Gebieten erneut Nachdruck zu verleihen, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft folgende Anordnungen erlassen bzw. den Reichsnährstand mit dem Erlaß beauftragt und in der heute abgehaltenen Besprechung mit den Länderregierungen, Oberpräsidenten und den Vertretern der Preisüberwachungsstellen bekanntgegeben:

1. Fleisch- und Schmalzpreise.

Durch eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft werden die Preise für Schweinefleisch, inländisches Schweinefleisch, Rindfleisch, und Rindertalg grundsätzlich auf den Stand vom 31. März 1935 zurückgeführt. Ausgenommen von dieser Regelung sind einige wenige Fleischsorten, die erfahrungsgemäß für den Verbrauch der breiten Schichten des Volkes keine Rolle spielen, z. B. Fisel, für Kalbfleisch sind die obersten Landesbehörden und die Oberpräsidenten ermächtigt worden, im Bedarfsfalle eine entsprechende Regelung zu treffen.

2. Kartoffelpreise.

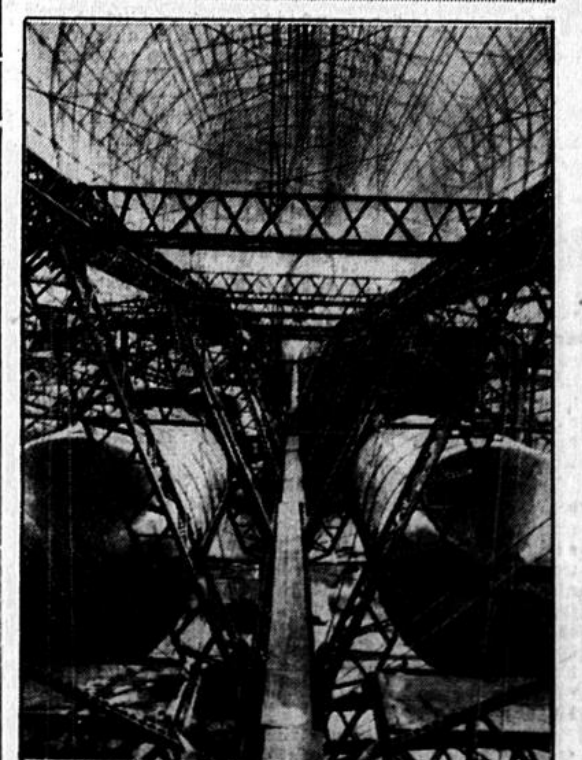
Durch eine Anordnung der Hauptvereinigungen der deutschen Kartoffelwirtschaft werden ab 1. September 1935 die Erzeugerpreise für Speisekartoffeln der diesjährigen Ernte je nach Sorte und Herkunft bis zu 50 Pfg. je Zentner niedriger festgesetzt als im Vorjahre. Gleichzeitig hat der Reichsminister die Preisüberwachungsstellen angewiesen, auf Grund dieser Erzeugerpreise Verbraucherhöchstpreise festzusetzen, um zu erreichen, daß die Senkung der Erzeugerpreise den Verbrauchern ungehindert zugute kommt.

3. Speiseölpreise.

Um den Preisüberwachungsstellen eine feste Grundlage für die Überwachung des Speiseölprieis zu geben, hat der Reichsminister die Reichsstelle für Öle und Fette veranlaßt, ab 1. September 1935 Erzeugerhöchstpreise für Pflanzensöle festzusetzen, bei deren Überschreiten das Inverkehrbringen ausgeschlossen ist. Nachdem bereits für Butter und Margarine seit langer Zeit durch entsprechende Anordnungen Preissteigerungen ausgeschlossen sind, sind damit die Preise bei allen wesentlichen Speisefetten stabilisiert.

4. Käsepreise.

Durch eine Anordnung des Reichsnährstandes werden mit sofortiger Wirkung Erzeugerhöchstpreise für Emmentaler Käse festgesetzt, wodurch die bisherigen Verbraucherpreise eine Senkung und Festlegung erfahren.



„L. 3. 129“ im Bau.

Neuestes Bild von dem Bau des neuen Zeppelin-Luftschiffes „L. 3. 129“. Das Bild gewährt einen Blick auf das Gerüst und läßt die ungeheuren Ausmaße dieses Luftschiffes ahnen. (Weltbild-M.)

Sühnemahnahmen zu fordern, selbst wenn es sich nur um eine rein moralische Besserstellung Italiens handeln sollte.

Das Blatt schließt sich aber einer solchen Auffassung nicht an, sondern sagt, man müsse in diesem Falle ebenfalls mindestens den anderen Mächten das Recht lassen, die ganze Frage unter einem ganz anderen Gesichtspunkt zu betrachten. Außerdem, so schreibt „Matin“ weiter, sei die Durchführung wirtschaftlicher oder finanzieller Sühnemahnahmen heutzutage praktisch unmöglich, da vier große Länder außerhalb des Völkerbundes stünden. Selbst wenn die Sowjet-

desseinen Reiches nicht bedroht. Der das, worauf es in Rom und Venedig, und es sieht, zu einer Verfallenen Anstrengungen durch eine Vermittlung bringen, den gemeinsamen Standpunkte zu klären gegenüber Venedig erwarten, daß in Italien beschlossene mitgeteilt erforderlich, wenn der Völkern für dies durch die italienischen Agieren, läßt sich wird immer deutlich der Lage einen macht politisch und dessen Führung